

## Vortrag an den Ministerrat

### **EU; ao. Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 25. Februar 2022; Bericht**

Am 25. Februar 2022 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Auf der Tagesordnung stand die russische Aggression gegen die Ukraine.

In der Diskussion zur russischen Aggression gegen die Ukraine verwies der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell auf die Einigung bei der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rat am 24. Februar auf ein robustes Sanktionspaket, welches im Verlauf der Ratstagung angenommen wurde. Darüber hinaus betonte HV/VP Borrell vor allem den Outreach zur internationalen Gemeinschaft, um Russland international zu isolieren.

Im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen in Bezug auf Russland habe ich die Bedeutung einer öffentlichen Kommunikationsstrategie hervorgehoben. Die EU habe rasch, entschlossen und geeint gehandelt - eine proaktive Kommunikation sei daher wesentlich. Darüber hinaus habe ich über das bilaterale österreichische humanitäre Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 2,5 Millionen Euro sowie über Österreichs Unterstützung im Wege von Sachleistungen informiert. Abschließend habe ich auf die Erhöhung des österreichischen Personals in der Operation EUFOR Althea um 120 Personen der Reservekräfte hingewiesen, um negativen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Westbalkan und insbesondere auf Bosnien und Herzegowina entgegenzuwirken.

Der Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi, gab ein Update zu den Sanktionen und zur Unterstützung für die Ukraine. Die Europäische Kommission arbeite nun an Vorschlägen für weitere individuelle und wirtschaftliche Sanktionen, die auch Belarus umfassen sollen. Die EU-Mitgliedstaaten verurteilten

Russlands Aggression auf das Schärfste und sprachen der Ukraine ihre Solidarität sowie volle Unterstützung für das beschlossene Sanktionspaket und allfällige weitere Verschärfungen aus. Darüber hinaus betonten die EU-Mitgliedstaaten den Outreach zur internationalen Gemeinschaft, Unterstützung für die Ukraine und deren Nachbarschaft sowie Solidarität beim Umgang mit Vertriebenen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. Juni 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister